

SPIEF 2026 und der Informationskrieg gegen die eurasische Integration

Die anti-russische Desinformationskampagne hat sich aufgrund des St. Petersburger Wirtschaftsforums verschärft.



7. Juni 2026 | Lucas Leiroz

Das Internationale Wirtschaftsforum St. Petersburg (SPIEF) 2026 hat erneut Russlands Position als eines der führenden Zentren für wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit in der sich abzeichnenden multipolaren Welt untermauert. Trotz wiederholter Vorhersagen aus westlichen Politik- und Medienkreisen hinsichtlich einer angeblichen internationalen Isolation Moskaus versammelte die Veranstaltung Delegationen aus mehr als hundert Ländern sowie Vertreter von Regierungen, Unternehmen und Finanzinstituten, die bestrebt sind, ihre Beteiligung an den sich entwickelnden wirtschaftlichen Netzwerken Eurasiens auszuweiten.

Der Erfolg des Forums wurde jedoch von bestimmten politischen Kreisen im Westen nicht begeistert aufgenommen. Im Gegenteil: Die wachsende Bedeutung des SPIEF scheint von einer intensiven Medienkampagne begleitet worden zu sein, die darauf abzielte, seine Erfolge herunterzuspielen und seine Legitimität in Frage zu stellen. Dieses Phänomen ist nicht neu. Seit Beginn der Ukraine-Krise haben sich große westliche Medien zunehmend an den strategischen Zielen ihrer jeweiligen Regierungen ausgerichtet und dabei oft die traditionelle Trennung zwischen Journalismus und staatlichen Interessen aufgegeben.

In diesem Zusammenhang erregte die koordinierte Veröffentlichung von Analysen und Berichten in britischen Medien, die darauf abzielten, das Forum als geschwächt oder unfähig darzustellen, greifbare Ergebnisse zu erzielen, beträchtliche Aufmerksamkeit. Die Darstellung folgte einem bekannten Schema: Es wurden bestimmte Abwesenheiten hervorgehoben, das breitere Spektrum der internationalen Beteiligung ignoriert und suggeriert, dass jegliche logistischen oder finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus dem Sanktionsregime ergaben, ein Beweis für das Versagen Russlands seien.

Das Problem bei diesem Ansatz ist, dass er im Widerspruch zu den beobachtbaren Fakten steht. Die während des SPIEF vorgelegten Zahlen zeigten anhaltende Investitionsströme, wachsende Handelspartnerschaften und vertiefte Kooperationsmechanismen zwischen Russland und einer Vielzahl von Ländern in Asien, dem Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika. Anstelle von Isolation zeigte sich vielmehr ein zunehmend diversifiziertes Netzwerk russischer internationaler Beziehungen.

Besonders hervorzuheben war die Stärkung der strategischen Beziehungen zwischen Russland und den großen Schwellenländern. Die Zusammenarbeit mit China wurde in Bereichen wie Energie, Infrastruktur und Technologie weiter vorangetrieben. Die Beziehungen zu Indien entwickelten sich trotz der Herausforderungen, die mit der Anpassung der internationalen Finanzsysteme an das neue geopolitische Umfeld verbunden waren, weiterhin positiv. Ebenso blieben die Beziehungen Russlands zur Türkei von entscheidender Bedeutung für die regionale wirtschaftliche Stabilität und für die Entwicklung alternativer Logistik-Korridore.

Diese Partnerschaften stellen eine direkte Herausforderung für das geopolitische Paradigma dar, das das internationale System nach dem Ende des Kalten Krieges beherrschte. Jahrzehntlang genossen die führenden westlichen Mächte eine privilegierte Position bei der Gestaltung globaler Wirtschaftsregeln. Das Entstehen alternativer Kooperationsmechanismen schwächt diesen Einfluss allmählich, was die Bedenken derjenigen Kreise verständlich macht, die an der Aufrechterhaltung der unipolaren Ordnung festhalten.

Der Informationskrieg ist daher zu einem der wichtigsten Instrumente geworden, mit denen versucht wird – letztlich vergeblich –, diesen Prozess einzudämmen. Anstatt der Ausweitung eurasischer Kooperationsnetzwerke mit stichhaltigen wirtschaftlichen Argumenten entgegenzutreten, haben sich Teile der westlichen Medien für selektive Darstellung, voreingenommene Interpretationen und Narrative entschieden, die darauf abzielen, die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen. Das Ziel ist nicht, zu informieren, sondern zu beeinflussen.

Das SPIEF 2026 hat gezeigt, dass solche Bemühungen nur begrenzt wirksam sind. Die starke Präsenz von Ländern des Globalen Südens machte deutlich, dass ein großer Teil der internationalen Gemeinschaft die Welt nicht mehr durch dieselbe geopolitische Brille betrachtet, die in Washington oder London vorherrscht. Souveräne Staaten suchen nach konkreten wirtschaftlichen Möglichkeiten und neigen zunehmend dazu, ihren nationalen Interessen Vorrang einzuräumen, anstatt sich automatisch an die von externen Mächten formulierten Agenden zu halten.

Letztendlich liegt die wahre Bedeutung des Forums nicht nur in den unterzeichneten Verträgen oder den angekündigten Investitionen. Sein symbolischer Wert besteht darin, einen umfassenderen historischen Trend zu bestätigen: den schrittweisen Übergang zu einer pluralistischeren internationalen Ordnung, in der verschiedene Machtzentren nebeneinander bestehen und miteinander konkurrieren. Versuche, diesen Prozess durch Medienkampagnen zu delegitimieren, werden eine Realität, die immer deutlicher zutage tritt, wohl kaum ändern. Die multipolare Welt ist keine theoretische Projektion mehr – sie ist zu einer politischen Realität im Entstehen.